

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Vorwort zur zweiten Auflage	VII
Vorwort zur ersten Auflage	IX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIII
Allgemeine Hinweise	XXVII

I. Allgemeiner Teil	1
A. Zeichen	1
B. Prozessrecht	4
1. Verschränkung mit Organisations- und Standesrecht	4
2. Bewirkende und Erwirkende	7
a) Führung, Durchführung, Bewilligung und gerichtliche Beweisaufnahme	7
b) Beteiligung und Ermächtigung zur Strafverfolgung	10
c) Opfer als speziell „am Strafverfahren“ Beteiligte und „gegnerische Beteiligte“	11
d) Verteidigung und Vertretung	12
3. Gesetzesbindung (Art 18 Abs 1, Art 89 Abs 1 und 2 B-VG), gesetzlicher Richter (Art 83 Abs 2 B-VG; Art 267 Abs 2 und 3 AEUV; Art 6 Abs 1 EMRK)	16
a) Ermessen im Gesetzesvollzug	16
b) Ermessen bei „Aufklärung von Straftaten“	18
c) Zweifelsgrundsatz	20
d) Analogieverbot im Strafprozessrecht	23
e) Effizienzprinzip	24
f) Stufenbau	25
g) Verstärkte Senate und Arbeitsteilung in Senaten	26
4. „Anzeige“ („Anregung“), „Ermächtigung“ und „Verlangen“ („Antrag“, „Begehren“)	28
5. Befugnis, Anordnung, Vorlage und Befassung durch die Staatsanwaltschaft	32
6. Nicht rechtswirksame Anordnungen und Aufträge	39
7. „Führung“ und „Durchführung“	41
a) „Führung“	41
b) Ermittlungsverfahren gegen „die verdächtige Person“ und „diese Person als Beschuldigten“	44
c) „Bewilligung“ (Durchführung „kraft eines [...] richterlichen Befehles“) und Beschlagnahme	45
d) „Gerichtliche Beweisaufnahme“	47
e) „Aufgabe“ der Staatsanwaltschaft, „ihre Anträge“ auf Bewilligung und gerichtliche Beweisaufnahme „zu begründen“ (§ 101 Abs 3 erster Satz)	48
f) „Durchführung“ durch Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft	49
g) Abwehrrechte	52
8. Sachliche, örtliche und funktionelle Zuständigkeit sowie Besetzung	53
9. „Rechtsschutzbeauftragter“ und „[s]eine Stellvertreter“	60
10. Hilfeleistung	63

a) Persönlichkeitsschutz, Amtshilfe (§ 76 Abs 4), ARHG und EU-JZG	63
b) Vorlage von „Akten und Unterlagen“ an Untersuchungsausschüsse (Art 53 B-VG)	66
c) Kriminal- und Sicherheitspolizei	67
11. Vollzug und Kosten	70
12. „Verfolgung verdächtiger Personen“	71
13. „Fahndung“	75
14. Beendigung des Ermittlungsverfahrens, Fortsetzung, Fortführung und Wiederaufnahme	76
a) Abbrechung, Rücktritt und „Fortsetzung“	76
b) Einstellung bei Vorprüfung der Anklage (§ 215 Abs 1, § 451 Abs 2, § 485 Abs 1 Z 3), „Wiederaufnahme“ und „Fortführung“	77
c) „Fortführung“ ohne und auf Antrag	77
15. „Ermittlung“, „Ermittlungen“, „Ermittlungshandlungen“, „Ermittlungs- maßnahmen“, „Erkundigung“, „Beweisaufnahme“, „Augenschein“ und „Sachverständige“	79
a) Darstellung	79
b) Begriffsinhalte	81
16. „Aufnahme von Beweisen“, „Ermittlungen“ und „Beweisaufnahme“	84
a) „Aufnahme von Beweisen“ (§ 55, §§ 245–254, § 295, §§ 471 (§ 295), 473 Abs 1 und 2 [§ 489 Abs 1 zweiter Satz])	84
b) „Ermittlungen“ und „Beweisaufnahme“ nach dem 8. und 9. HptSt, in Hauptverhandlung und Gerichtstag	85
17. „Einholung tatsächlicher Aufklärungen“ und eigene Sachverhaltsklärung durch Rechtsmittelgerichte zu Formverletzungen, Verfahrensmängeln und Verfolgungshindernissen sowie Diversion	89
a) Aufklärungsverlangen und eigene Sachverhaltsklärung	89
b) Sachverhaltsannahmen der Rechtsmittelgerichte	90
18. Besonderes Verfahren zur Ausforschung „Beschuldigter“	92
C. Rechteingriff durch und im Ermittlungsverfahren	92
1. Rechteingriff durch Verfahren und im Verfahren	92
2. Dokumentation und Geheimhaltung	101
3. „Verschluss“	110
4. „Erkundigung“ zur „Vorbereitung einer Beweisaufnahme“ und als „Beweis“	111
D. Freiwilligkeit und „Zwangsmaßnahmen“	113
1. Unmittelbarer und mittelbarer Zwang	113
2. „Zwangsmaßnahmen“ und „Zwangsmittel“	115
3. „Ermittlungshandlungen“ (§ 91 Abs 2 erster und zweiter Satz), „Ermittlungsmaßnahmen und Beweisaufnahme“ (8. HptSt) und gerichtliche Beweisaufnahme im öffentlichen Interesse (§ 101 Abs 2 zweiter Satz)	118
4. Anordnung von „Zwangsmitteln“ des 8. HptSt und von „Fahndung“ (9. HptSt) durch das Gericht	119
5. Zwang bei „Beweisaufnahme“ durch das Gericht	122
6. Beteiligung an und „Hilfeleistung“ (Art 22 B-VG) bei „Ermittlungs- maßnahmen“	123
7. „Anhaltung“ Beschuldigter (§ 48 Abs 2) zur Vorführung, „Zwangsmittel“ nach dem 9. HptSt, Freilassung, Aufhebung und Entlassung	125
8. Anhaltung zur Vorführung sowie durch Festnahme und Untersuchungshaft	127
9. Beugemittel (§ 93 Abs 4), Kostenersatz und Ordnungsstrafen nach § 221 Abs 1 zweiter Satz, § 242 und Beschwerde nach § 243	128
E. Sachverständige und Augenschein	130

1. Sachverständige	130
2. „Augenschein“ und „Tatrekonstruktion“	132
F. „Bezeichnung“ (Zulässigkeit, funktionelle Zuständigkeit; Art 83 Abs 2 B-VG) und „Begründung“ von Anbringen und in Entscheidungen	133
1. Antrag, Rechtsmittel und Rechtsbehelf	133
2. Bezeichnung und Begründung von Rechtsbehelfen	135
3. Anträge und Verlangen nach § 106 Abs 5, § 126 Abs 5	137
4. Beweiswürdigungsermessen und Willkür	138
5. Entscheidungsregeln	141
6. Rechtsmittelverzicht ohne Verteidiger	142
7. Vorgehen „von Amts wegen“ aufgrund funktioneller Zuständigkeit	143
a) Ermächtigung und Verpflichtung	143
b) beneficium cohaesionis	144
c) Prüfung von Feststellungen zu entscheidenden Tatsachen	145
d) Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes und „Wiederaufnahme auf besonderen Antrag des Generalprokurators“	145
8. Nach Einbringen der Anklage für Fortführung des Strafverfahrens „erforderliche Anträge“	146
G. Sachverhaltsklärung und Sachverhaltsannahmen	147
1. Sachverhaltsannahmen bei Entscheidungen	147
2. Sachverhaltsklärung durch Gerichte	151
3. Anzeigepflicht und Notkompetenz des Gerichts	154
4. Bei gerichtlicher Beweisaufnahme beigebrachte „Tatsachen oder Beweismittel“	155
5. Klärungsermächtigung für Gerichte	156
a) „Aufklärung von Straftaten“ vor Anordnung der Hauptverhandlung	156
b) „Verfolgung verdächtiger Personen“	156
H. „Das Ermittlungsverfahren“ und „Absehen von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens“	157
1. Rechtsschutz gegen „Absehen von der Einleitung eines Ermittlungs- verfahrens“ und „im Ermittlungsverfahren“	157
2. „[B]ehördeninterne[...] Informationsquellen“ und „Akteneinsicht“	158
3. „Ermittlungsmaßnahmen und Beweisaufnahme“	160
4. Umgehungsverbote	161
a) Berufsgeheimnisse und Wahlgeheimnis	161
b) Beichtgeheimnis, verdunkelnde Beteuerung zu Berufsgeheimnissen und blanker Unsinn (§ 144)	165
c) Umgehungsverbot bei Beichtigern und Berufsgeheimnisträgern	167
5. Eilkompetenz und Genehmigung sowie Eigenkompetenz der Kriminalpolizei „von sich aus“	167
6. Beweisverwendung bei versagter Genehmigung oder Beschwerdeerfolg	171
7. Sachverständige und Dolmetscher	172
I. Gerichtliche Beweisaufnahme (§ 104)	174
1. Befassung	174
2. Rechtsschutz	177
a) Beweisthema	177
b) Fragerecht	178
c) Beschlüsse und sonstige Verfügungen	179
J. Entscheidungen	181
1. Verfügungen von Staatsanwaltschaft und Gericht	181
2. Geschäftsgang bei Erledigung „mit Beschluss“	183
3. Wirksamkeit, Bindung und Bekanntmachung	185
4. Verfahrensleitung	188

a) Allgemein	188
b) Haupt- und Rechtsmittelverfahren	189
5. Sitzungspolizei, „Ausschluss des Verteidigers“ und Nichtzulassung sonstiger Vertreter	190
a) Gegenstand von Sitzungspolizei	190
b) Funktionelle Zuständigkeit für Sitzungspolizei	190
c) Remedien gegen Maßnahmen der Sitzungspolizei	191
d) „Ausschluss des Verteidigers“, Nichtzulassung sonstiger Vertreter und Wortentzug	193
6. Disziplinalgewalt einer Standesbehörde	194
K. Rechtsbehelfe	195
1. „Geteilter“ (Individual-) Rechtsschutz	195
2. Rechtsschutz durch den OGH auf „Anregung“ des Rechtsschutz- beauftragten (§ 23 Abs 1a) sowie höchstgerichtliche (Vorab-) Rechtsklärung (§ 23 Abs 1)	198
3. Rechtsbehelfe gegenüber Organen der ordentlichen Gerichtsbarkeit	201
a) Vor und seit 2008	201
b) Überblick	203
c) Befassung durch Einbringungsstelle	204
d) Rechtsbehelfe mit Bezug auf Ermittlungsverfahren	205
e) Prüfungskalkül bei Einspruch (§ 106) und Beschwerde (§ 87)	208
f) Legitimation und Beschwer	212
g) Gegenstandslos gewordene Rechtsbehelfe	215
h) Einbringen und Fristwahrung	216
i) Rechtsmittelausschluss	219
L. Einspruch wegen Rechtsverletzung	219
1. Rechte „nach diesem Gesetz“	219
2. Bezeichnung des Prozessgegenstands	222
3. Begehren	224
4. Unzulässigkeit von Beschwerden (§ 107 Abs 3 zweiter Satz)	225
5. „Überzeugung“	226
6. Vorentscheidung durch die Staatsanwaltschaft	228
7. Entscheidung „in der Sache“	229
M. Beschwerde	231
1. Übergreifende Gesichtspunkte	231
2. Gerichtliche Beweisaufnahme	232
3. „Beschluss“ (§ 87 Abs 1) und sonstige Verfügung oder Verzögerung (§ 87 Abs 2)	233
4. Sonderfall von „Ausforschung des Beschuldigten“ nach § 71	239
5. Aufschiebende Wirkung	239
6. Bezeichnung und Begründung	240
7. Stellungnahme der „zuständigen Staatsanwaltschaft“ (§ 89 Abs 1) und Beschwerdegegner	240
8. „Verfahrensergänzung“ (§ 89 Abs 2a und Abs 5 erster Satz)	242
9. Keine Bindung an „Beschwerdepunkte“ und Änderung von Beschlüssen, „gegen die nicht Beschwerde erhoben wurde“	244
10. Entscheidung „in der Sache“	245
N. Beweisaufnahme nach Einbringen der Anklage	246
1. Entscheidung ohne „Verhandlung“ (Art 90 B-VG)	246
a) Fehlen von Befugnis zur Sachverhaltsklärung	246
b) Prozessuale Tatsachen	247
c) Diversion, Verfolgungshindernisse, Straffestsetzung „durch schriftliche Strafverfügung“; Entfall eines Zwischenverfahrens	248

2. Hauptverhandlung und „Sanierung von Verfahrensmängeln“	249
3. Hauptverhandlung und „Gerichtstag zur öffentlichen Verhandlung“	251
4. In Urteilen mit „Aufklärung von Straftaten [...] zusammenhängende Entscheidungen“	257
a) Sanktionen und privatrechtliche Ansprüche	257
b) Prozessuale Umstände nach § 468 Abs 1 Z 2, § 281 Abs 1 Z 6–8 (§ 468 Abs 1 Z 4 [§ 489 Abs 1 zweiter Satz])	260
c) Kosten, bedingte Nachsicht und Widerruf	261
5. Einheitlichkeit von Hauptverhandlung und Berufungsverhandlung über Sanktionsanknüpfungspunkt	262
O. Bekämpfung nach Anordnung der Hauptverhandlung getroffener Entscheidungen	263
1. „Beschlüsse“ nach Anordnung der Hauptverhandlung	263
a) Beteiligte und Dritte	263
b) Zwang gegen Angeklagte, Zeugen und Sachverständige	264
2. Mangel und Überschreitung von Entscheidungsbefugnis	265
3. Entscheidung „in der Sache selbst“	266
a) Nachprüfung auf Rechtsverletzung (Nichtigkeitsgründe) oder „in der Sache selbst“ (iudicium novum)	266
b) Berufung wegen vorliegender Nichtigkeitsgründe und des Ausspruches über die Schuld	268
c) Entscheidung aufgrund bejahter Rechtsverletzung	270
d) Berufung wegen des Ausspruchs über Sanktionen und Ansprüche von Privatbeteiligten	272
4. Tatumstände im Rechtsmittelverfahren gegen Urteile	273
a) „Aufklärung von Straftaten“	273
b) Mit „Aufklärung von Straftaten [...] zusammenhängende Entscheidungen“	274
c) Formverletzungen und Verfahrensmängel	274
5. Unzulässigkeit weiterer Rechtsmittel	275
6. Geschäftsgang für OGH und Berufungsgerichte	278
P. Grundrechtsschutz durch „Oberste Instanz“ (Art 92 Abs 1 B-VG)	280
1. Historisches Konzept	280
2. Erweiterung auf unmittelbare Befassung nach § 363a	281
a) Methode	281
b) Vorrang ausdrücklicher Vorschriften	283
c) Kein Vorrang von Nichtigkeitsbeschwerde bei Grundrechten Dritter und mangelnder Effektivität	284
d) Subsidiarität zum GRBG	285
3. Bezeichnung	286
a) Grundrechtsbeschwerde	286
b) Erneuerungsantrag	287
4. Verfahren nach Stattgebung (§ 7 Abs 2 GRBG, § 363b Abs 3 erster Satz) ..	289
5. Erneuerung ohne erneuertes Verfahren	290
6. „Erhebliche Bedenken“ des OGH an Feststellungen für einen Schuldspruch	291
Q. Wiedereinsetzung und Wiederaufnahme	292
1. Wiedereinsetzung	292
2. Wiederaufnahme	292
3. Neue Tatumstände	293
R. Sanktionsanknüpfungspunkt, Prozessgegenstand, objektiv individuelle Maßstäbe und Befugnisfehlgebrauch	294

II. Besonderer Teil	299
A. Führung von Ermittlungsverfahren und Ermittlungsakt	299
1. Einleitung	299
2. Verfahrensführung, Verfahrensleitung und Durchführung	300
3. Dienstaufsicht, Bindung und Rechtsschutz	301
a) Dienstaufsicht	301
b) Anordnungen durch Gericht und Staatsanwaltschaft	307
4. Gesetz- und Verhältnismäßigkeit	308
a) Grundrechtliche Vorgaben	308
b) Anzeigen, Erklärungen, Anträge und Rechtsbehelfe	310
5. Zweck des Ermittlungsverfahrens	311
a) Erhebliche Tatsachen	311
b) Beweisverbote	313
6. Berichte, Behelfe und Unterlagen	314
7. „Umfassende Dokumentation“ zur Sicherstellung von Akteneinsicht nach § 51	315
a) Erhebliche Tatsachen und schutzwürdige Interessen	315
b) Erkundungsbeweisführung und unnötiger Akteninhalt	317
c) Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft „vorliegende Ergebnisse“	318
d) Effektiver Rechtsschutz	319
8. Fazit	320
B. Vom Übergang in ein Ermittlungs- und Hauptverfahren	322
1. Vom Verdächtigen zum Beschuldigten	322
2. Staatsanwaltschaft und Gerichtskontrolle	323
3. Rechtsschutz gegenüber Klärung, ob ein Anfangsverdacht vorliegt, Anlassberichte nach § 100 Abs 2 Z 2 und Abs 3a und Verpflichtung zur Aufklärung jedes Anfangsverdachts (§ 2 Abs 1)	324
4. Ermittlungen gegen Berufsheimnisträger ohne „dringenden Tatverdacht“	329
5. Verurteilungswahrscheinlichkeit	330
a) Sachverhaltsklärung und Tatverdacht	330
b) „Dringlichkeit und Gewicht des Tatverdachts“ in der Gerichtskontrolle ..	332
c) Darstellungsmängel der Anklageschrift	333
d) Zurückweisung der Anklageschrift (§ 212 Z 3) verlangt „Tenorierung“	336
e) Anklage im Verfahren vor Einzelrichtern	337
f) Recht und Pflicht der Staatsanwaltschaft zur Anklage	338
6. Fazit	339
C. Anklagegrundsatz und Rechtsschutz gegen Ermittlungsverfahren sowie deren „unnötige Verzögerung“	340
1. Von Vorerhebungen und Voruntersuchung zu Ermittlungsverfahren	340
2. Anklagegrundsatz (Art 90 Abs 2 B-VG) Beschleunigungsgebot (Art 6 Abs 1 EMRK) und Gesetzlichkeitsprinzip (Art 18 Abs 1 B-VG)	341
3. Privatankläger (§ 71)	347
4. Rechtsschutzsystem vor Einbringen der Anklage	348
5. Antrag auf Einstellung, Verlängerung der Höchstdauer und „Feststellung [...] unnötige[r] Verzögerung“	349
a) Keine Begründungsobliegenheit	349
b) Prozessgegenstand	350
c) Erhebliche Tatsachen und Beweismittel (bestimmte Tatsachen)	351
d) Würdigung der Ermittlungsergebnisse und Sachverhaltsannahmen zu „Dringlichkeit und Gewicht des Tatverdachts“	352
e) Hinreichend geklärter Sachverhalt und hinreichende Gründe	353

f) Verfolgungshindernisse	354
g) Fristen	356
h) Einstellung und Fortsetzung des Ermittlungsverfahrens	357
i) „Durchführung“ des Ermittlungsverfahrens „ohne unnötige Verzögerung“	359
j) Angemessenheit	360
k) Bindung	361
6. Fazit	361
D. Fortführungsanträge und deren Erledigung	362
1. Bezugspunkt der Fortführung	362
2. Fortführung auf Antrag	363
a) Fortführungsgründe und deren Bezugspunkte	363
b) Abgrenzung gegenüber anderen Rechtsbehelfen	365
aa) Grundrechtsbeschwerde und Bekämpfung eines Unzuständigkeitsurteils	365
bb) Antrag auf Einstellung und Fortführung sowie Anklageeinspruch	366
cc) Ermittlungen	366
c) „Aktenlage“ und Aufklärung behaupteter „Rechtsverletzungen oder Verfahrensmängel“	366
d) Bezeichnung von Fortführungsgründen und deren Ergänzung	370
3. Entscheidung über Fortführungsanträge	371
a) Strittiges zum Verfahren	371
b) Neuerungen statt rechtzeitiger Anträge	372
c) Gesetzlicher Richter	374
d) Entscheidungsform und Pauschalkosten	375
e) Stattgebung und Bindung	375
4. Fazit	377
E. Zum Rechtsschutz in Betreff des 11. HptSt der StPO	378
1. Einleitung	378
2. Anträge nach § 208 Abs 2 und § 209 Abs 3	379
3. Vorschlag, Fortsetzung des Strafverfahrens und Bereinigung gescheiterter Diversion	380
4. Wechselwirkungen beim Vorgehen von Staatsanwaltschaft und Gericht ...	382
5. Geltendmachung subjektiver Rechte in Hauptverhandlung und Rechtsmitteln	383
6. Feststellung und Ermittlung aus § 281 Abs 1 Z 10a entscheidender Tatsachen	386
a) Nichtigkeitsbeschwerde	386
b) Berufung wegen des Ausspruchs über die Schuld	387
7. Besonderheiten bei Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft	388
8. § 281 Abs 1 Z 10a bei Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft	389
a) § 209a	389
b) § 209b	399
9. Fazit	400
F. Initiative, Bestellung und Führung beim Sachverständigenbeweis der StPO ...	401
1. Einleitung	401
2. Beweisthema, Beweismittel (Sachverständige) und Person des Sachverständigen	402
3. Aufnahme des Sachverständigenbeweises durch das Gericht	403
4. Bestellung bei Aufnahme des Sachverständigenbeweises durch die Staatsanwaltschaft	404
5. Die Frist des § 126 Abs 5 erster Satz	406

6. Rechtliche Einordnung von Erklärungen des Beschuldigten nach § 126	408
7. Sachverständigenbeweisaufnahme durch die Staatsanwaltschaft	409
8. Einhaltung von § 126 Abs 5 vermeidet strukturelle Befangenheit	411
9. Verfahrensrüge gegen Sachverständigenbeiziehung in der Hauptverhandlung	413
10. Mehrere Beschuldigte (§ 48 Abs 2)	415
11. § 222 Abs 3, Privatgutachter und besonderes Fachwissen der Strafverfolgungsbehörden	416
12. Fazit	417
G. Beweiswürdigung im Ermittlungsakt und Sicherstellung ohne Kriminalpolizei und durch Sachverständige	418
1. Staatsanwälte als Justiz	418
2. Trennungsgrundsatz und Unabhängigkeit	420
3. Inhalt von Anordnungen, Anträgen, Stellungnahmen und Gerichtsentscheidungen	422
4. Akteneinsicht durch Beteiligte nach § 45 idF vor BGBl I 2004/19 und § 51	424
5. Einsatz von „Zwangsmitteln“ durch die Staatsanwaltschaft	425
a) „Sicherstellung“	425
b) Rechtsbehelfe	426
c) „Auswertung“	427
d) Auswertung durch Sachverständige im Rahmen gerichtlicher Beweisaufnahme	430
e) „Durchführung“ von „Zwangsmitteln“ im Allgemeinen	431
f) Suche nach Hinweisen „auf die Begehung einer anderen [...] Straftat“ ..	432
6. Fazit	434
H. Ermittlungen nach der StPO für Untersuchungsausschüsse	435
1. Einleitung	435
2. „Akten und Unterlagen“ nach § 27 Abs 2 VO-UA	437
3. Rechtsschutzkompetenz gegen „Übermittlung personenbezogener Daten“ ...	438
4. Vernichtung, Ausfolgung und sonstige Herstellung des rechtmäßigen Zustands (§ 107 Abs 4)	440
a) Allgemeines	440
b) Vernichtung und Ausfolgung	442
c) Beichtgeheimnis, Folter und Tatprovokation	445
5. Befassung des OGH	446
6. „Beweiserhebungen“ nach § 24 Abs 1 zweiter Satz VO-UA	447
7. Fazit	448
I. „Auswertung [...] einer Information“ im Ermittlungs-, Haupt- und Rechtsmittelverfahren – „Ergebnisse“ als „Beweismittel“	449
1. Abgrenzungen	449
2. Rechtsschutz im Ermittlungsverfahren	453
3. Beweiserhebung und -verwertung	455
4. Die „gesamten Ergebnisse“ und die „vorliegenden Ergebnisse“	457
5. „Beendigung der Ermittlungsmaßnahme“	459
6. Förmliche und formfreie „Auswertung“	460
a) Allgemeines	460
b) § 103 Abs 2 erster Fall	461
c) Kriminalpolizei als Adressat von Anordnungen (§ 18 Abs 2, § 20a Abs 2)	463
d) „Amts- und Rechtshilfe, Akteneinsicht“ (2. Abschn des 5. HptSt)	463
e) Auf „Auswertung“ bezogene Ansprüche	464

f) § 138 Abs 4, § 139 und § 96 Abs 3–5 als „ <i>bindende [...] Regelung</i> “ für „ <i>Durchführung</i> “	465
g) „ <i>Auswertung</i> “ bei anderen Zwangsmitteln und bei der „ <i>Aufnahme von Beweisen</i> “	468
7. Fazit	468
J. „ <i>Einleitung eines Ermittlungsverfahrens</i> “ im Kooperationsmodell (§ 98 Abs 1)	469
1. Einleitung	469
2. „ <i>Organe</i> “ und „ <i>das oberste Organ der ordentlichen Gerichtsbarkeit</i> “ (Art 90a, 92 Abs 1 B-VG, §§ 1, 2 Abs 1 StAG, § 1 Abs 1 OGHG)	470
a) Entscheidungen	470
b) Sogenannte Segelanweisung und andere obiter dicta	471
3. „ <i>Einleitung des Ermittlungsverfahrens</i> “ und „ <i>Anfangsverdacht</i> “	472
a) Kooperation von Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft „ <i>im Ermittlungsverfahren</i> “	472
b) „ <i>Vorerhebungen</i> “ oder „ <i>Voruntersuchung</i> “ und „ <i>Ermittlungsverfahren</i> “ zur „ <i>Klärung, ob ein Anfangsverdacht [...] vorliegt</i> “ oder „ <i>zur Aufklärung eines Anfangsverdachts</i> “	473
c) „ <i>Nachforschung</i> “ durch Sicherheitsbehörden und „ <i>Anzeige</i> “, „ <i>Ruf</i> “ oder „ <i>Bericht</i> “ an die Staatsanwaltschaft	475
aa) Sachverhaltsklärung und Tatverdacht	475
bb) Anzeigen und Berichte	476
cc) „ <i>Klärung, ob ein Anfangsverdacht [...] vorliegt</i> “	477
4. Bei Staatsanwaltschaften „ <i>anhängige</i> “ Ermittlungsverfahren	479
a) „ <i>Einleitung des Ermittlungsverfahrens</i> “	479
b) „ <i>[B]ei der Staatsanwaltschaft [...] geführt[e]</i> “ Finanzstrafverfahren	481
c) Schutzzweck von Anfangsverdachtsprüfung durch die Staatsanwaltschaft	481
d) Leitung, Führung und Durchführung von „ <i>Ermittlung</i> “	483
aa) „ <i>Aufklärung von Straftaten</i> “ (§ 1 Abs 1 erster Satz)	483
bb) Verpflichtung zur Sachverhaltsklärung „ <i>im Ermittlungsverfahren</i> “ (§ 2 Abs 1)	484
cc) Beginn von Ermittlungsverfahren	484
5. Fazit	485
K. Verfahren aufgrund eines Widerspruchs nach §§ 112 f StPO	486
1. Einleitung	486
2. Verfahren aufgrund eines Widerspruchs nach § 112 StPO	487
a) Widerspruch	487
b) Vorlage	489
c) Aufforderung und „ <i>Beiziehung des Betroffenen</i> “	489
d) „ <i>Anordnung</i> “ und „ <i>Auswertung</i> “	491
e) „ <i>Einspruch</i> “ und „ <i>Beschwerde</i> “	492
f) Nichtigkeitsdrohung	493
3. „ <i>Unterlagen und Informationen [...] in der Verfügungsmacht des Beschuldigten</i> “	494
4. Der „ <i>Beschuldigte</i> “ (§ 48 Abs 2) als „ <i>betroffene Person</i> “ (§ 48 Abs 1 Z 4)	495
a) Dilemma	495
b) Bindend geregeltes Verhalten der Staatsanwaltschaft	497
5. Besonderheiten des § 112a	498
a) Abgrenzung zur Amtshilfe	498
b) Spezielle Vorschriften	500
6. Fazit	500
L. „ <i>Beweisaufnahme</i> “ im Ermittlungsverfahren	501

1. „Beweisaufnahme“	501
2. „Ladung“	503
a) „Bekanntmachung“ und Durchsetzung	503
b) Befugnis der Kriminalpolizei zur Ladung	504
c) „Aufenthaltort [...] außerhalb des Sprengels“	505
3. „Vorbringen“ und schriftliche Äußerung nach § 164 Abs 3 letzter Satz	505
4. Kontrolle von „Verhalten“ bei „Wahrnehmung von Aufgaben im Dienste der Strafrechtspflege“	507
a) „Weisungen“ der „vorgesetzten Organe“ (Art 20 Abs 1, 90a B-VG)	507
aa) Aufsichtsbeschwerden	507
bb) Außenkontrolle und Staatsanwälte, die „selbst Ermittlungen (§ 91 Abs 2) durchführen“	507
cc) Vernehmende und Ort der Vernehmung	509
b) „Anordnungen“ der Staatsanwaltschaft	510
c) Kriminalpolizei und Verwaltungsgerichte	511
d) § 23 Abs 1a	512
e) „Wahrnehmung besonderen Rechtsschutzes“	513
5. „Gerichtliche Beweisaufnahme“	513
a) Allgemeines	513
aa) Fälle gerichtlicher Beweisaufnahme	513
bb) Antrag und Verlangen	514
cc) Sachverhaltsklärung für „zusammenhängende Entscheidungen“	515
b) Beschwerden	515
aa) Allgemeines	515
bb) Sachverständigenbeweis	515
c) „Kontradiktorische Vernehmung“	516
d) „Beweisaufnahme durch Sachverständige“	517
aa) Stellung der Sachverständigen	517
bb) § 126 Abs 5 zweiter Satz	517
cc) Initiative zum Sachverständigenbeweis	518
dd) „[A]m Verfahren beteiligte“ Personen	519
6. Sachverständige zum Schutz „Betroffener“	521
a) „Gerichtliche Beweisaufnahme“ durch „Auswertung“ sichergestellter „Daten“	521
b) Beiziehung von Sachverständigen ohne „Beweisaufnahme“	522
7. Umgehungsverbote	523
8. „Versprechungen“	524
9. Ein paar wichtige Ergebnisse zum Schluss	524
M. Sicherstellung, Durchsuchung und Amtshilfe im Verhältnis zueinander	525
1. Unzulässige Erkundungsbeweisführung	525
2. Sicherstellung	526
a) Unterschiedlicher Prüfungskalkül	526
aa) Ermittlungsverfahren	526
bb) Kontrolle der „Staatsanwälte“ (Art 90a dritter Satz B-VG)	527
cc) § 110 Abs 3 Z 4	529
b) „Beweisgründe [...]“	530
aa) „Gegenstände“	530
bb) „Informationen“	534
c) Editionsspflicht	534
d) „Sicherstellung“ nach § 111 Abs 1 und 2, § 115g Abs 1 (§ 93 Abs 2)	537
3. „Amtshilfe“	540
4. Identitätsfeststellung	541
5. Ergebnis	542

N. Entscheidung über und Durchführung von „Ermittlungsmaßnahmen und Beweisaufnahme“ sowie „Anhaltung“	543
1. Durchsuchung „zur Aufklärung von Straftaten“ und für „damit zusammenhängende Entscheidungen“ sowie zur „Verfolgung verdächtiger Personen“	543
a) Verpflichtung, „Durchsuchung zuzulassen“ und Berechtigung zu „Durchsuchung“	543
aa) Verpflichtete und Berechtigte	543
bb) „Durchsuchung“	544
cc) „Augenschein“, „Eindringen“ und „Durchsuchung“ mancher „Opfer“	546
dd) „Untersuchung“, „Leichenbeschau und Obduktion“	546
ee) „Auskunft aus dem Kontenregister und [...] über Bankkonten und Bankgeschäfte“	548
ff) Sachverhaltsannahmen	549
gg) „Durchführung“, Untersuchung durch „beauftragte“ Sachverständige und „Mitwirkungspflicht“	549
b) Gerichtskontrolle bei „Durchsuchung“ durch Kriminalpolizei in Eil- und Eigenkompetenz „zur Aufklärung von Straftaten“ und für „damit zusammenhängende Entscheidungen“	550
aa) Eilkompetenz „bei Gefahr im Verzug“	550
bb) Eigenkompetenz „von sich aus“	552
cc) „Durchsuchungen [...] nach § 117 Z 2 lit b und [...] Z 3 lit b“	554
c) „Rechtszustand“ nach unzulässiger „Gewinnung“ von „Information zur Aufklärung [...] einer Straftat“ (§ 91 Abs 2) als „Ergebnis“ einer „Durchsuchung“	556
d) Bekanntmachung und spezielle Remedien	558
e) Form der Entscheidung über Antrag auf „Bewilligung“	559
2. Spezielles zur „Verfolgung verdächtiger Personen“	559
a) Gerichtskontrolle bei „Anhaltung“ durch Kriminalpolizei in Eil- und Eigenkompetenz	559
b) „Rechtszustand“ nach Anordnung, „freizulassen“	561
c) Bekanntmachung von Anordnung und Bewilligung sowie Information des Festgenommenen	561
3. Spezielles zur „Beschlagnahme von Datenträgern und Daten“	562
4. Spezielles zu verdeckten „Ermittlungsmaßnahmen“	566
a) „Ergebnisse [als Beweismittel]“, Eigen- und Eilkompetenz der Kriminalpolizei sowie Mitwirkungspflicht	566
b) Bekanntmachung von und „Einsicht“ in „Anordnungen und Genehmigungen“	567
5. Entscheidung, nach § 139 Abs 4 erster Satz oder § 159 Abs 3 letzter Satz „zu vernichten“ und nach § 145 Abs 1 und 4	568
Stichwortverzeichnis	569